

„Hier geht es um den Kern unseres Selbstverständnisses als Nation“

Helmut Kohl und die Genese des Holocaust-Gedenkens als bundesdeutscher Staatsräson

Jan-Holger Kirsch

Die geschichtspolitischen Aktivitäten des Bundeskanzlers Helmut Kohl riefen während seiner Amtszeit vielfach Spott und bei späteren Rückblicken ebenfalls deutliche Kritik hervor.¹ Der „Spiegel“ bezeichnete Kohl im April 1985, anlässlich der Affäre um den Besuch des Soldatenfriedhofs in Bitburg, als „Tolpatsch in höchst sensitivem Gelände“ und beklagte seine „Sucht nach immer neuen Versöhnungsritualen“.² Vor dem Hintergrund des Historikerstreits von 1986/87 wurde vielfach gewarnt vor „Entsorgungsversuche[n] zur deutschen Geschichte“ bzw.

dem „Versuch, Vergangenheit zu verbiegen“.³ Diese zeitgenössische Sicht beeinflusste – gewiss nicht ohne Grund – auch wissenschaftliche Analysen. Sabine Moller nannte in ihrer politikwissenschaftlichen Diplomarbeit von 1998 die „Entdifferenzierung von geschichtlichen Ereignissen“ als ein Charakteristikum der Ära Kohl,⁴ und selbst der dem Kanzler gegenüber weniger kritisch eingestellte Rupert Seuthe schrieb Kohl in seiner Dissertation von 2001 ein „von Differenzierungsgeboten offensichtlich unbeeinträchtigt Geschichtsverständnis“ zu.⁵

Während und nach seiner Kanzlerschaft war Kohls Verhältnis zur Geschichte unter anderem deshalb besonderer Beobachtung ausgesetzt, weil er 1958 in Geschichte promoviert hatte. Selbst wenn nicht allgemein bekannt war, dass die Note eher mäßig ausgefallen war („cum laude“), wurden Kabarettisten und Karikaturisten nicht müde, den „Historiker Dr. Kohl“ und sein Argumentieren mit „der Ge[s]chichte“ ge-

1| Der vorliegende Beitrag basiert auf einem Referat bei der Konferenz der German Studies Association im Oktober 2008 (Panel „Making History in Kohl’s Republic. The Politics of the Past in the 1980s and 1990s“). Dem Deutschen Historischen Institut in Washington und namentlich Philipp Gassert danke ich für die Einladung, allen beteiligten Diskutanten und besonders Nicolas Berg für nützliche Anregungen. Siehe auch den Bericht von Jacob Eder unter <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2381>>.

2| Zit. nach Jan-Holger Kirsch, „Wir haben aus der Geschichte gelernt“. Der 8. Mai als politischer Gedenktag in Deutschland, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 91, und Klaus Dreher, Helmut Kohl. Leben mit Macht, Stuttgart 1998, S. 362.

3| Gernot Erler u.a., *Geschichtswende? Entsorgungsversuche zur deutschen Geschichte*. Mit einem Vorwort von Walter Dirks, Freiburg 1987; Hilmar Hoffmann (Hg.), *Gegen den Versuch, Vergangenheit zu verbiegen. Eine Diskussion um politische Kultur in der Bundesrepublik aus Anlaß der Frankfurter Römerberggespräche 1986*, Frankfurt a.M. 1987.

4| Sabine Moller, *Die Entkonkretisierung der NS-Herrschaft in der Ära Kohl. Die Neue Wache. Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Mit einem Vorwort von Joachim Perels, Hannover 1998, S. 140.

5| Rupert Seuthe, „Geistig-moralische Wende“? Der politische Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Ära Kohl am Beispiel von Gedenktagen, Museums- und Denkmalsprojekten, Frankfurt a.M. u.a. 2001, S. 317.

nüsslich vorzuführen.⁶ Andererseits wurde der Wechsel von Helmut Kohl zu Gerhard Schröder unter geschichtspolitischen Gesichtspunkten auch nicht unbedingt als Fortschritt empfunden. So äußerte sich Jürgen Habermas im März 1999 äußerst skeptisch über Schröders Auftreten: „Auf die telegen-trivialisierende Weise gelingt ihm mit wenigen Bemerkungen eine Entsorgung der Vergangenheit, die Kohl auf seine pompös-historisierende Art in Bitburg [1985] noch verfehlt hatte.“⁷



Zehn Jahre nach dem Ende der Regierungszeit Kohls ist es möglich und sinnvoll, dessen geschichtspolitische Intentionen und ihre praktischen Wirkun-

6| Vgl. als spätes Beispiel etwa eine Karikatur von Klaus Stuttmann, in: Der Tagesspiegel, 5.9.2002, S. 8.

7| Jürgen Habermas, Der Zeigefinger. Die Deutschen und ihr Denkmal, in: Die Zeit, 31.3.1999, S. 42ff.

gen sowie die übergreifenden Kontexte mit etwas größerer Distanz zu betrachten. Dabei mögen eine autobiographische und eine methodische Vorbemerkung gestattet sein. Für mich selbst, Jahrgang 1972, gehört die Übernahme der Kanzlerschaft durch Kohl im Herbst 1982 zu den frühesten politischen Erinnerungen. Kohl regierte, als ich 1983 von der Grundschule auf das Gymnasium wechselte; Kohl war einigermaßen unverhofft zum „Kanzler der Einheit“ aufgestiegen, als ich 1992 Abitur machte; und als ich Anfang 1998 die Magisterprüfung absolvierte, regierte Kohl immer noch. Ähnlich wie der 1967 geborene „FAZ“-Redakteur Patrick Bahners, der Kohls Herrschaftstechnik vor zehn Jahren einen lesenswerten Essay gewidmet hat, gehöre ich also zur Alterskohorte derjenigen, „für die die Kanzlerschaft Kohls allein schon deshalb ein Rätsel ist, weil sie seit ihrer Jugend nichts anderes kennen“ (wie Bahners kurz vor dem Ende der Regierung Kohl schrieb).⁸

Wichtiger ist die methodische Vorüberlegung: Inwieweit ist es möglich, geschichtspolitische Entwicklungen in der Bundesrepublik der 1980er und 1990er Jahre ursächlich mit Kohls Persönlichkeit zu verbinden, mit seinen Reden und Auftritten, mit seinem Geschichtsbegriff und

8| Patrick Bahners, Im Mantel der Geschichte. Helmut Kohl oder Die Unersetzlichkeit, Berlin 1998, Klappentext.– Zum Nutzen und Nachteil der autobiographischen Perspektive von Historikerinnen und Historikern vgl. jüngst den hellsichtigen Aufsatz von Peter Schöttler, Die autobiographische Versuchung, in: Alf Lüdtke/Reiner Prass (Hg.), Gelehrtenleben. Wissenschaftspraxis in der Neuzeit, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 131-140.

seinen generationellen Prägungen? Für Kohl selbst, Jahrgang 1930, war die „Gnade der späten Geburt“ eine zweifellos elementare Erfahrung, nachdem sein fünf Jahre älterer Bruder Walter den Kriegswinter 1944 nicht überlebt hatte.⁹ Doch ist jenseits der biographischen Ebene zu fragen: Welche Rahmenbedingungen und Veränderungen im Untersuchungszeitraum hätten ohne Kohl womöglich anders ausgesehen? Dies lässt sich allenfalls hypothetisch beantworten, erscheint als Kontrollfrage aber bedeutsam, um das Verhältnis von Persönlichkeit und Struktur aus heutiger Sicht genauer zu untersuchen. Die zeitgenössischen Beurteilungen Kohls – im Hinblick auf sein geschichtspolitisches Handeln und auch sonst – schwanken zwischen einer Unter- und einer Überschätzung: Während der Kanzler von manchen Kommentatoren als Elefant im Porzellanladen oder, ebenfalls ausgehend von seiner Physiognomie, als tumbe „Birne“ karikiert wurde,¹⁰ sahen ihn andere je nach politischem Standort als fähigen Steuermann oder als großen Manipulator hinter den Kulissen. Demgegenüber wäre gerade für das Gebiet der Geschichtspolitik stärker nach den Fernwirkungen, den gesellschaftlichen und medialen Wandlungsprozessen der Kohl-Ära zu fragen, die sich oftmals ungesteuert und nichtintentional vollzogen – gleichsam hinter

9| Vgl. Bahnert, *Im Mantel der Geschichte* (Anm. 8), S. 176; Patricia Clough, *Helmut Kohl. Ein Porträt der Macht*, München 1998, S. 26f.

10| Vgl. Anja Besand, *Die Birne. Helmut Kohl in der Satire*, in: Gerhard Paul (Hg.), *Das Jahrhundert der Bilder*, Bd. II: 1949 bis heute, Göttingen 2008, S. 516–523.

dem Rücken der Akteure. Diese Perspektive kann hier nur in knappen Andeutungen verfolgt werden; ich möchte drei Thesen zur Diskussion stellen, deren empirische Grundlagen aus meinen früheren Arbeiten zu Gedenktagen und Denkmälern stammen.¹¹

1. These: Seit 1985 und verstärkt im Laufe der 1990er Jahre wurde das Paradigma „Vergangenheitsbewältigung“ durch das Paradigma „Erinnerungskultur“ abgelöst.

Über mehrere Jahrzehnte hinweg dominierte in der Bundesrepublik teils die implizite Annahme, teils die explizite Hoffnung, dass die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit früher oder später an ein Ende gelangen werde. Wenn alle finanziellen Fragen der Wiedergutmachung und Entschädigung, alle juristischen Fragen der Strafverfolgung sowie alle politischen Fragen des institutionellen Neuaufbaus geklärt seien, könne man im wörtlichen und im übertragenen Sinne die Akten schließen. Neben der „Vergangenheitspolitik“ (Norbert Frei), der Be-

11| Kirsch, „Wir haben aus der Geschichte gelernt“ (Anm. 2); ders., *Nationaler Mythos oder historische Trauer? Der Streit um ein zentrales „Holocaust-Mahnmal“ für die Berliner Republik*, Köln/Weimar/Wien 2003. Als unaufgeregte Bilanz vgl. für die 1980er Jahre das Kapitel „Die Deutschen und ihre Geschichte“ bei Andreas Wirsching, *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*, München 2006, S. 466–491. Dort heißt es treffend (S. 473): „Mit einer ‚Ära Kohl‘ hatte die Rückkehr der Geschichte [...] nur mittelbar zu tun; aber der ebenso eigenwillige wie unverwechselbare Umgang des Kanzlers mit dem Thema machte es im Verlauf der achtziger Jahre zum Dauerpolitikum.“

wältigung materieller und immaterieller Folgen von Krieg und NS-Herrschaft, gehörten zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus jedoch von Anfang an kulturelle Praktiken, mediale Darstellungen und öffentliche Interpretationskonflikte. Mit zunehmendem Zeitabstand und fortschreitendem Generationswechsel traten diese erinnerungskulturellen Ausdrucksformen nicht etwa in den Hintergrund, sondern gewannen schubweise an Bedeutung.¹² Die amerikanische Serie „Holocaust“, die 1979 im bundesdeutschen Fernsehen lief, war bekanntlich ein besonders wichtiger Schub. Das Gedenkjahr 1985 mit seinen vielfältigen Rückblicken auf das Kriegsende von 1945 war für die Entstehung einer dauerhaften, nicht abschließbaren Erinnerungskultur indes nicht weniger relevant. Im Kontext der 40. Jahrestage prallten gerade innerhalb des konservativen Lagers konkurrierende Positionen aufeinander: die Ansichten derjenigen, die für „den selbstbewussten Blick nach vorn“ ohne angeblich ‚lähmende‘ Erinnerung an die NS-Zeit plädierten,¹³ und die Haltung derjenigen, die das historische Erinnern als langfristige und immer neue Aufgabe verstanden.

Auf den ersten Blick könnte man nun meinen, dass Kohl mit seinem unbeirrten Festhalten am umstrittenen Bitburg-Besuch

12| Vgl. als jüngsten Überblick Torben Fischer/Matthias N. Lorenz (Hg.), *Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945*. Mit einem Vorwort von Micha Brumlik, Bielefeld 2007.

13| So die Frankfurter Allgemeine Zeitung im Frühjahr 1985; vgl. Kirsch, „Wir haben aus der Geschichte gelernt“ (Anm. 2), S. 108.

such die Position der ‚Schlusstrich‘-Befürworter unterstützt habe. So betonten damalige Kommentatoren sehr stark die Differenz zwischen Kohls Bitburg-Inszenierung und Richard von Weizsäckers Bundestagsrede zum 8. Mai. Übersehen wurde dabei zum einen, dass Kohl etwa bei der Gedenkfeier in Bergen-Belsen am 21. April 1985 bis in Details hinein ganz ähnlich argumentierte wie Weizsäcker kurz darauf. Zum anderen gewährte Kohl dem Parteiflügel um den Rechtsaußen Alfred Dregger keine erkennbare Unterstützung, sondern trug gemeinsam mit Weizsäcker zur mittelfristigen Marginalisierung dieses Flügels bei. Vermutlich war es bei Kohl selbst ein allmählicher Lernprozess, dass die staatliche Erinnerung an die NS-Zeit das Ansehen der Bundesrepublik nicht schwäche, sondern stärke – eine Erkenntnis übrigens, die sich auch innerhalb der SPD erst nach und nach durchsetzte. Die Erinnerung an Nationalsozialismus und Holocaust, lange als Last empfunden, wurde im Laufe der 1990er Jahre schließlich zur positiven Ressource des deutschen Selbstverständnisses.

Zehn Tage vor der (für ihn verlorenen) Bundestagswahl im September 1998 ließ Kohl keinen Zweifel daran, dass die Bundesrepublik das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ zwingend benötige. Es gehe dabei „um den Kern unseres Selbstverständnisses als Nation“ – eine Aussage, die von den Grünen bis hin zur Union nun weitgehend konsensfähig war. Freilich wird hier zugleich erkennbar, dass Kohls Bekenntnis zur NS-Erinnerung durchaus in einer konservativen Tradition stand, denn der Kanzler argumentierte vehement mit Kategorien der nationalen Ehre und des internationalen Ansehens der Deutschen: „Wir würden weltweit ver-

flucht werden, wenn wir jetzt sagten: Weil das [d.h. das Denkmal] so schwierig ist, lassen wir es besser sein.“¹⁴ So bestand im Herbst 1998 die einigermaßen kurios anmutende Situation, dass Kohl im Bündnis mit Lea Rosh das Mahnmal durchsetzen wollte, während sich die SPD skeptisch bis ablehnend verhielt. Letztlich war es Martin Walsers Friedenspreisrede und seiner Kritik einer angeblichen „Monumentalisierung der Schande“ als paradoxer Intervention zu verdanken, dass sich der neue Kanzler Gerhard Schröder Anfang 1999 zu der Haltung durchrang, es sei nicht mehr möglich, das Mahnmal *nicht* zu bauen.¹⁵ Ungeachtet der differierenden Positionen in dieser Frage war es innerhalb des demokratischen Spektrums nun weithin unstrittig, dass die Erinnerung an die NS-Zeit verstetigt werden müsse.¹⁶

2. These: Während der Kohl-Ära wurde „Geschichtspolitik“ in der Bundesrepublik

14| Ich stelle mich in eine Ecke, wo man gar nicht bemerkt wird, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.9.1998, S. 44f. (Interview mit Kohl). Zur Bedeutung nationaler Ehre für Kohl vgl. auch Andreas Dörner, Die symbolische Politik der Ehre. Zur Konstruktion der nationalen Ehre in den Diskursen der Befreiungskriege, in: Ludgera Vogt/Arnold Zingerle (Hg.), Ehre. Archaische Momente in der Moderne, Frankfurt a.M. 1994, S. 78-95, hier S. 78.

15| Vgl. Kirsch, Nationaler Mythos oder historische Trauer? (Anm. 11), S. 106.

16| Diesen Paradigmenwechsel konstatiert ähnlich auch Stephen Brockmann, „Normalization“: Has Helmut Kohl's Vision Been Realized?, in: Stuart Taberner/Paul Cooke (Hg.), German Culture, Politics, and Literature into the Twenty-First Century. Beyond Normalization, Rochester 2006, S. 17-29, hier S. 26f.

als eigenes, bewusst zu gestaltendes Handlungsfeld etabliert – mit deutlichem Schwerpunkt auf der NS-Zeit, aber nicht auf diese beschränkt.

Die Planung der offiziellen westdeutschen Aktivitäten zum Gedenkjahr 1985 macht aus heutiger Sicht einen etwas ungeordneten, wenig souveränen Eindruck. Die Bundesregierung war bemüht, Ansprachen ausländischer Staatsoberhäupter zum Symboldatum 8. Mai im Bundestag zu vermeiden, um dem Gedenken an das Kriegsende kein zu großes diplomatisches Gewicht zu verleihen. Zehn Jahre später, zum 50. Jahrestag im Mai 1995, waren die Gedenkveranstaltungen hingegen bewusst international angelegt, was nicht nur mit dem „runderen“ Jahrestag und der inzwischen vollzogenen deutschen Einheit zusammenhing. Vielmehr war auf Regierungsebene auch das Bewusstsein gewachsen, dass das Feld der „Geschichtspolitik“ ein integraler Teil der Staatsrepräsentation sein könne und müsse. Hier manifestierte sich eine ambivalente „Nationalisierung negativen Gedenkens“: Die zuvor von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen getragene, lange nicht mehrheitsfähige und oft staatskritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wurde nun gleichsam zur gesamtstaatlichen Verpflichtung erhoben.¹⁷ Durch das neue Amt des Kulturstaatsministers, die Bun-

17| Volkhard Knigge, Statt eines Nachworts: Abschied der Erinnerung. Anmerkungen zum notwendigen Wandel der Gedenkkultur in Deutschland, in: ders./Norbert Frei (Hg.), Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002, S. 423-440, hier S. 423.

des Gedenkstättenkonzeption und andere Aktivitäten wurde die Geschichtspolitik nach dem Regierungswechsel von 1998 noch stärker verankert; dies kann als konsequente Fortführung der Ära Kohl verstanden werden. Inhaltlich geht es dabei neben der NS-Vergangenheit in zunehmendem Maße um die deutsch-deutsche Geschichte nach 1945/49, wie es sich besonders 2009 mit vielfältigen Gedenkaktivitäten zeigen dürfte.

Dem organisierteren, auch finanziell besser ausgestatteten Staatshandeln in Fragen des Gedenkens steht andererseits die Tatsache gegenüber, dass sich der öffentliche Umgang mit Geschichte weniger denn je von oben steuern lässt. Die Vielfalt der regionalen, nationalen, trans- und internationalen Geschichtsbilder, die vor allem über Kino, Fernsehen und Internet vermittelt werden, entzieht sich einer regierungsamtlichen Homogenisierung. Der Staat kann zwar einige Rahmenbedingungen der Beschäftigung mit Geschichte festlegen (etwa in Form von Lehrplänen), und der Streit um solche Rahmenbedingungen bleibt wichtig. Aber eine politische Manipulation des Geschichtsbewusstseins erscheint heute noch weniger möglich als zu Beginn der Ära Kohl. Die „kulturelle Historisierung seit den 1980er Jahren“¹⁸ mit ihrer Auf-

18| Paul Nolte, Öffentliche Geschichte. Die neue Nähe von Fachwissenschaft, Massenmedien und Publikum: Ursachen, Chancen und Grenzen, in: Michele Barricelli/Julia Hornig (Hg.), Aufklärung, Bildung, „Histotainment“? Zeitgeschichte in Unterricht und Gesellschaft heute, Frankfurt a.M. u.a. 2008, S. 131-146, hier S. 133-137. Vom „Hunger nach Erinnerung“ als „Charakteristikum des letzten Jahrzehnts“ (d.h. der 1980er Jahre) sprach z.B. bereits Charles S. Maier, Die Ge-

wertung von Zeitzeugenschaft und „Authentizität“ ist ein Trend, der sich mit der Kanzlerschaft Kohls teilweise überschneiden hat, der jedoch Ausdruck breiterer Einstellungsänderungen im gesellschaftlichen Verhältnis zur Vergangenheit (und zur Zukunft) ist.¹⁹

3. These: *Der Anti-Institutionalist Helmut Kohl hat Orte und Institutionen der Geschichtskultur geschaffen, die seine Amtszeit überdauern. Eine langfristig wirksame Belastung ist weniger in den historischen Inhalten als in der Art des Entscheidungsverfahrens zu sehen.*

Bundeskanzler Kohl hat besonders der gesamtdeutschen Geschichtskultur der 1990er Jahre seinen Stempel aufgedrückt und Repräsentationsformen durchgesetzt, die den öffentlichen Raum prägen – auch

genwart der Vergangenheit. Geschichte und die nationale Identität der Deutschen, Frankfurt a.M./New York 1992, S. 180.

19| Dass das in den vergangenen Jahrzehnten (wieder) gewachsene Geschichtsinteresse für die Wissenschaftsdisziplin Zeitgeschichte einerseits erfreulich ist, andererseits aber bedenkliche Nebenwirkungen hat, kann hier nicht weiter diskutiert werden. Vgl. dazu Martin Sabrow, Das Unbehagen an der Aufarbeitung. Zur Einführung von Wissenschaft, Moral und Politik in der Zeitgeschichte, in: Thomas Schaarschmidt (Hg.), Historisches Erinnern und Gedenken im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert, Frankfurt a.M. u.a. 2008, S. 11-20; ders., Die Lust an der Vergangenheit. Kommentar zu Aleida Assmann, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 4 (2007), S. 386-392; sowie aus der Perspektive der 1980er Jahre bereits Martin Broszat, Die Ambivalenz der Forderung nach mehr Geschichtsbewusstsein, in: Hoffmann, Gegen den Versuch (Anm. 3), S. 67-82.

über das Ende seiner Kanzlerschaft hinaus. Hierzu gehören zunächst die beiden in den 1980er Jahren begonnenen und 1994 mit ersten Ausstellungen eröffneten Museumsprojekte: das Deutsche Historische Museum in Berlin und das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn.



Die Pietà in der Neuen Wache: „Anlass zu mancherlei Debatte“ (Helmut Kohl) (Foto: Hertle)

Ferner sorgte Kohl 1993 maßgeblich für den Umbau der Neuen Wache in unmittelbarer Nähe des Deutschen Historischen Museums²⁰; dort wurde gegen massive

20| Vgl. u.a. Jan-Holger Kirsch, Trauer und historische Erinnerung in der Berliner Republik. Überlegungen aus Anlaß der Mahnmalsdebatte, in: Burkhard Liebsch/Jörn Rüsen (Hg.), Trauer und Geschichte, Köln/Weimar/Wien 2001, S. 339-374, hier S. 355-362, mit

Proteste die aufgeblasene Großform einer kleinen Pietà von Käthe Kollwitz implantiert und sehr allgemein „Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft“ gewidmet. Als Zugeständnis an den Zentralrat der Juden in Deutschland, aber wohl auch aus eigener Überzeugung, setzte sich Kohl nicht weniger energisch für den Bau des „Denkmals für die ermordeten Juden Europas“ ein, das zwar erst 1999 vom Bundestag endgültig beschlossen wurde, für das zuvor aber bereits wichtige Weichen gestellt worden waren.

Alle vier genannten Projekte – die beiden Museen und die beiden Denkmäler – wurden in der Öffentlichkeit von Anfang an kritisch beobachtet, weil wegen der zeitlichen Nähe zur Bitburg-Affäre und zum Historikerstreit der Verdacht bestand, hier werde ein regierungsamtliches Geschichtsbild mit tendenziell revisionistischen, den Nationalsozialismus ausblendenden oder relativierenden Elementen verankert. So bezeichnete eine Abgeordnete der Alternativen Liste das Deutsche Historische Museum (DHM) 1987 als „Deutsches Kohl-Museum“ (DKM).²¹ Freilich erwies sich bald nach der Einweihung der beiden Museen, dass diese Institutionen trotz einiger in der

ausführlichen Literaturhinweisen. Bezeichnenderweise merkt Kohl selbst in seinen Erinnerungen lediglich an, die Neue Wache und ihre Inschrift seien „Anlass zu mancherlei Debatte und sogar Streit gewesen“ – ohne die Argumente und Positionen des Streits zu erwähnen (Helmut Kohl, Erinnerungen 1990–1994, München 2007, S. 529-534, hier S. 533).

21| Vgl. Moritz Mälzer, Ausstellungsstück Nation. Die Debatte um die Gründung des Deutschen Historischen Museums in Berlin, Bonn 2005, S. 131. Auch die Bezeichnung „Palais Kohl“ machte die Runde (vgl. ebd., S. 103).

Tat fragwürdiger Vorentscheidungen und eines mit Kohl teilweise offen sympathisierenden Führungspersonals ein Eigenleben entwickelten: Die Sprache der Objekte, die Logik der wissenschaftlichen Forschung und Darstellung sowie der Eigensinn der Besucherinnen und Besucher unterlaufen allzu eindeutige politische Steuerungsversuche. Kritik an der Ausstellungsarbeit beider Häuser ist gewiss weiterhin möglich und nötig,²² doch würde man es sich zu einfach machen, wenn man sie als bloße Propaganda-Einrichtungen der Kohl-Ära denunzieren würde. Etwas anders verhält es sich im Fall der Neuen Wache: Dort hat Kohls Entscheidungshandeln dazu geführt, dass ein bestimmtes Geschichtsbild – die Vermengung von privater Trauer und öffentlicher Symbolik, die Entdifferenzierung von Opferschaft und Leiderfahrungen, die Naturalisierung von Krieg und Gewalt, die Sakralisierung historischen Erinnerens etc. – so festgeschrieben wurde, dass die Erscheinungsform der trauernden Mutter mit ihrem toten Sohn nicht mehr als Anlass für kritische Fragen an die Geschichte und deren Darstellung wahrgenommen, sondern von der Mehrzahl der Besucherinnen und Besucher wegen ihrer scheinbaren Eingängigkeit unbefragt akzeptiert wird. Die Kontroversen von 1993 um die Neue Wache werden am Ort selbst ebensowenig dokumentiert wie die früheren Gestaltungen des Innenraums. In diesem Fall vermochte Kohl sein eigenes Geschichtsbild durchzusetzen, und es

22| Vgl. zur 2007 eröffneten Dauerausstellung des DHM etwa die Diskussion unter <<http://www.zeitgeschichte-online.de/md=DHM-Geschichtsbilder>>.

markiert eine doppelte Niederlage der kritischen Öffentlichkeit, dass sie weder den Umbau verhindern noch die Erinnerung an dessen Umstände gegenwärtig halten konnte.

Ein strukturell vielleicht entscheidenderes Problem ist in der Art der Entscheidungsfindung zu sehen. Auf allen Politikfeldern zeigte Kohl eine „Abneigung gegen das Geregelte und Institutionelle im staatlichen Leben“.²³ So nahm er auch und gerade in der Geschichtspolitik die zentralen Weichenstellungen persönlich vor. Beim Umbau der Neuen Wache rechtfertigte Kohl sein eigenmächtiges Vorgehen damit, die Angelegenheit sei „zu wichtig, als dass hier eine Kontroverse eröffnet werden sollte“.²⁴ Beim „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ wertete er die ursprünglich private Initiative zu einem staatlichen Vorhaben auf, griff in beide künstlerischen Wettbewerbe ein und meinte in dem bereits zitierten Interview von 1998 durchaus treffend: „[...] glauben Sie mir, ich habe mir in der Sache sehr, sehr viel Mühe gemacht.“²⁵ In den Bundestagsdebatten zu diesem Thema (1996 und 1999) trat Kohl hingegen nicht auf, weil er bereits hinter den Kulissen tätig gewesen war. Nicht in parlamentarischen Gremien und zähen öffentlichen Diskursen, sondern mit der exekutiven Macht seines Amtes führte Kohl geschichtspolitische Entscheidungen herbei. Die Effektivität eines solchen Vorgehens ist allerdings nur

23| Bahners, *Im Mantel der Geschichte* (Anm. 8), S. 104.

24| Zit. nach Moller, *Entkonkretisierung* (Anm. 4), S. 137.

25| *Ich stelle mich in eine Ecke* (Anm. 14).

auf Kosten der demokratischen Legitimität zu haben, was bei Projekten, die demokratische Werte repräsentieren und verbreiten sollen, ein (zu) hoher Preis ist. Zum negativen Erbe der Ära Kohl gehört daher weniger die anfangs erhoffte oder befürchtete, letztlich aber ausgebliebene „geistig-moralische Wende“. Den Bedeutungszuwachs des historischen Erinnerns an die NS-Zeit hat Kohl weder aufhalten können noch wollen. Selbst für ein heute verbreitetes Geschichtsbild, das eher durch „Pathos und Betroffenheit“ charakterisiert ist²⁶ als durch Reflexion und historisches Wissen, kann Kohl

allenfalls begrenzt verantwortlich gemacht werden. Was aus seiner Amtsperiode jedoch nachwirkt, ist die bedenkliche Tendenz, demokratische Partizipation in geschichtspolitischen Vorhaben als störend oder verzichtbar zu betrachten. Diesen Eindruck vermittelt jedenfalls das Vorgehen des derzeitigen Verteidigungsministers Franz Josef Jung bei der Planung und Umsetzung des Bundeswehr-Ehrenmals.²⁷

Kontakt:
kirsch@zzf-pdm.de

26| Moller, Entkonkretisierung (Anm. 4), S. 140.

27| Vgl. die Dokumentation und Diskussion unter <<http://www.zeitgeschichte-online.de/md=Bundeswehr-Ehrenmal-Inhalt>> sowie Manfred Hettling/Jörg Echternkamp (Hg.), Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik, Göttingen 2008.